

Nachrichten

Kanton spart bei den Prämienverbilligungen

Liestal. Keine Krankenkassen-Subventionen für gut situierte Familien mehr: Jugendliche zwischen 18 und 25, deren Eltern in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben und für welche eine Ausbildungszulage ausgerichtet wird, erhalten keine Prämienverbilligung für ihre Krankenversicherung mehr. Dies hat der Landrat gestern einstimmig beschlossen. Der Kanton Baselland spart damit jährlich mindestens vier Millionen Franken. td

Waldenburgerbahn kann saniert werden

Liestal. Der Landrat hat sich gestern einstimmig für die Modernisierung der Waldenburgerbahn (WB) ausgesprochen und einen Verpflichtungskredit genehmigt. Das erste Massnahmenpaket für die Jahre 2014 bis 2016 kostet 43,1 Millionen Franken, wovon der Kanton 67 Prozent übernehmen muss. Der Landrat plädierte mehrheitlich auch dafür, die Umstellung der WB auf Normalspur zu prüfen, wenn der Bahnhof Liestal umgebaut und das Rollmaterial der WB erneuert werden muss. Baudirektorin Sabine Pegoraro zeigte sich zuversichtlich, dass für den Weiterbetrieb der historischen Dampfbahn eine Lösung gefunden werden kann. td

Mit Fünfer und Weggli belohnt?

Streit um die befristete Weiterbeschäftigung vorzeitig Pensionierter

Von Thomas Dähler

Liestal. Kantonsangestellte, die Ende Jahr vorzeitig in Pension gehen, können bis Mitte 2015 befristet mit beschränktem Pensum weiterbeschäftigt werden, wenn dies betrieblich nötig ist. Dies erläuterte Finanzdirektor Anton Lauber gestern bei der Behandlung einer dringlichen Interpellation von Caroline Mall (SVP). Ein Schreiben des Personalamts hatte Ende April vor allem in den Sekundarschulen für Aufregung gesorgt, weil für einzelne Schulstunden keine neue Lehrkraft angestellt werden könne oder Klassen mitten im Schuljahr die Lehrkraft wechseln müssten. Die nun vereinbarte Ausnahmeregelung ist das Resultat einer kurzfristigen Zusammenkunft aller Interessierten.

Im Landrat löste die Kompromisslösung eine aufgeregt geführte Debatte aus. Rolf Richterich (FDP) geisselte, dass einzelne Lehrpersonen auf diese

Landräte kritisieren die Salami taktik der Regierung

Bauvorlagen für Sekundarschulhäuser dennoch genehmigt

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Landrat hat gestern einstimmig Bauvorlagen über insgesamt 17,8 Millionen Franken für ein neues Sekundarschulhaus für Sissach und ein renoviertes für Birsfelden genehmigt. Gescholten wurde der Regierungsrat dennoch: Mehrere Landräte warfen ihm Salami taktik vor und kritisierten, dass ein Konzept zu den vielen einzelnen Bauvorlagen für die Sekundarschulen fehle.

Die Sprecher der einzelnen Fraktionen stellten sich hinter die konkreten Projekte in Sissach und Birsfelden. Fragen stellten sie dennoch. Felix Keller (CVP) wollte von der Regierung wissen, ob alle diese Schulhausprojekte, die dem Landrat in regelmässigen Abschnitten vorgelegt würden, wirklich so dringend seien. «Ist das jetzt die Rechnung dafür, dass wir von den Gemeinden die Sekundarschulhäuser über-

nommen haben?» fragte Keller. Christoph Frommherz (Grüne) doppelte nach: «Was kommt da noch alles?» Es fehle ein Konzept. Marc Bürgi (BDP) forderte die Regierung auf, die Priorisierung gegenüber dem Landrat offenzulegen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) meinte, der Beschluss des Kantonsparlaments, die Sekundarschulhäuser von den Gemeinden zu erwerben, sei in «keiner Sternstunde» getroffen worden. «Wir haben 200 Millionen ausgegeben und wissen nicht, wie viele zusätzliche Rechnungen noch auf uns zukommen». Wenn er alles zusammenzähle, komme er zum Schluss, dass die Gemeinden die Schulen dem Kanton hängen lassen müssen. Es sei Salami taktik, dem Landrat hier 10, dort 20 Millionen Investitionen vorzulegen. «Bei solchen Investitionen sollten uns die ganzen Kosten unterbreitet werden», sagte Kirchmayr. Sandra Sollberger (SVP) hielt fest,

der Landrat erhalte auf Fragen keine Antworten, «wie auch sonst bei Harmos». Schützenhilfe erhielt die Regierung einzig von Christof Hiltmann (FDP). Die Planung der einzelnen Projekte sei bei den (geheimen) Kommissionsberatungen offengelegt worden.

Regierung legt Priorisierung offen

Nicht im Landratssaal war gestern Bildungsdirektor Urs Wüthrich. Baudirektorin Sabine Pegoraro bestätigte, dass die einst eingesetzten 200 Millionen nicht reichten. Der Zustand der Schulhäuser führe zu Mehrkosten, ebenso Harmos und der Lehrplan 21. Doch die Regierung führe eine strategische Schulhausplanung und lege die Priorisierung jährlich im Investitionsprogramm offen. «Wir sanieren nicht alle auf einmal», sagte Pegoraro. Sissach und Birsfelden seien jedoch prioritär.

Nichts wissen wollte der Rat von einem Rückweisungsantrag von Stefan Zemp (SP). Dieser hatte sich dafür eingesetzt, dass der in Sissach vorgesehene Abbruch eines alten Schultrakts nochmals überprüft wird.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baslerbieter Parlament

Besserer Schutz für Whistleblower

Regierung muss Personalgesetz anpassen

Von Jonas Hoskyn

Liestal. Der Landrat will Whistleblower künftig besser schützen. Er überwies gestern eine entsprechende Motion von Jürg Wiedemann (Grüne). Diese will verhindern, dass Angestellten, die auf Missstände aufmerksam machen, die Kündigung droht. Wiedemann reichte die Motion vor zwei Jahren ein, nachdem mehrere Polizisten in der BaZ anonym die Arbeit der Staatsanwaltschaft kritisiert hatten und Sicherheitsdirektor Isaac Reber daraufhin ein Verfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung einleiten liess. Dieses ist immer noch am Laufen. Die Polizisten konnten offenbar noch nicht identifiziert werden – ansonsten wären sie ihren Job wohl los. «Whistleblower müssen vor Kündigung

geschützt werden», sagte Wiedemann und forderte einen entsprechenden Paragraphen im Personalgesetz.

Die Regierung lehnte dies ab. Whistleblower seien bereits heute genügend geschützt, hält der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort fest. SVP-Landrat Hanspeter Weibel, der in seiner Funktion als Präsident der Geschäftsprüfungskommission immer wieder mit entsprechenden Fällen zu tun hat, konnte ob dieser «blauäugigen Antwort» nur den Kopf schütteln. «Ich bin seit eineinhalb Jahren in einem Fall von Whistleblowing involviert und sehe, was da für Probleme bestehen.» SP-Landrätin Regula Meschberger pflichtete ihm bei: «Whistleblower müssen besser geschützt werden.» Die Motion wurde schliesslich klar überwiesen.

Links-Rechts



Fan-Dialog: Jetzt erst recht!

Von Balz Stückelberger

Wenn Politiker nicht mehr weiterwissen und dennoch unbedingt etwas tun wollen, dann greifen sie gerne zu ihrer liebsten Behelfsmassnahme: Sie setzen ein Zeichen. Das ist meistens ein Schnellschuss, der für ein paar Schlagzeilen sorgt und der Bewirtschaftung der kollektiven Empörung dient. Ansonsten bleibt leider kaum etwas Zählbares übrig. Genau so läuft es im Moment in der Hooligan-Debatte. Bereits stehen Kollegen aus den Parlamenten der beiden Basel mit einer Unterschriftensammlung für das verschärfte Hooligan-Konkordat bereit, das in der parlamentarischen Beratung deutlich versenkt wurde: Hauptsache, man tut etwas, lautet die Devise. Wohlverstanden: Die Vorfälle nach dem Cupfinal in Bern oder nach dem GC-Match im Bahnhof Muttenz sind inakzeptabel. Aber sie sind noch lange kein Grund, in hastigen Überreaktionen die Nerven zu verlieren. Wer jetzt nach neuen Gesetzen schreit, blendet komplett aus, dass z.B. die Störung des Eisenbahnverkehrs, Sachbeschädigungen oder Tätlichkeiten seit jeher als Tatbestände im Strafrecht verankert sind und sanktioniert werden können. Keine einzige Bestimmung des verschärften Konkordats hätte einen Vorfall der letzten Wochen zu verhindern vermocht.

Wer etwas gegen Fangewalt tun will, muss versuchen sie zu verstehen.

Statt nun die Repressionskeule zu schwingen und neue Sanktionen zu fordern wäre man gut beraten, das Thema Fangewalt sachlich und in seiner ganzen Dimension anzugehen. Fangewalt kann man nicht einfach verbieten. Wer tatsächlich etwas dagegen tun will, muss versuchen sie zu verstehen. Dies hat man in Basel längst erkannt, weshalb man in erster Linie auf den Dialog zwischen Fans, Club, Behörden und Polizei setzt. Es wäre fatal, ausgerechnet jetzt diesen Weg zu verlassen, denn es handelt sich keineswegs um ein Schönwetterkonzept. Gerade auch in schwierigen Situationen ist es zentral, den Dialog weiterzuführen und sich nicht von Ohnmachtsgefühlen und populistischen Forderungen von Schnellschützen leiten zu lassen. Selbstverständlich schützt auch dieses Konzept nicht zu 100 Prozent vor Rückfällen. Aber immerhin ist es damit in den vergangenen Jahren gelungen, die Fangewalt nachhaltig einzudämmen – mehr als dies mit Repression je möglich gewesen wäre oder möglich sein wird.

Balz Stückelberger (41, Arlesheim) ist Landrat der FDP. Die Haltung des Autors muss nicht mit der Meinung der Redaktion identisch sein. Nächste Woche: Stefan Zemp (SP).

Umfrage

Angehende Lehrer sind gegenüber Fächerzusammenlegung skeptisch



Marcel Kux. Fotos Robin Rickenbacher

«Sammelfach als Ansporn»

«Ich sehe den Sinn dieses Sammelfachs nicht. Die Schulfächer Hauswirtschaft und Wirtschaft haben meines Erachtens kaum etwas gemeinsam. Abgesehen vielleicht von der Buchhaltung, die man auch als Hauswirtschaftslehrer beherrschen muss, um den täglichen Einkauf zu regeln. Ich befürchte, dass das neue Fach zu wirtschaftlich ausfallen würde und hauswirtschaftliche Komponenten wie Bügeln oder Kochen etwas untergingen. Zudem wird es schwierig, geeignetes Lehrpersonal für das neue Schulfach zu finden. Die Zusammenführung von Wirtschaft und Hauswirtschaft finde ich dennoch spannend. Ich möchte die beiden Fächer in der Schule und koche auch privat sehr gerne. Daher würde es mir sehr Spass machen, beide Fächer kombiniert zu unterrichten. Dieses Schulmodell wäre ein zusätzlicher Ansporn für mich.» ror



Rose-Marie Domeck.

«Dieses Prinzip funktioniert»

«Ein Sammelfach «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt»? Eine interessante Idee. Es ist super, wenn zwei Fächer miteinander kombiniert werden. Das ist etwas Spezielles und würde bei den Schülern bestimmt Anklang finden. Ich komme aus Frankreich, wo früher der Hauswirtschaftsunterricht in der Schule mit Deutsch oder Englisch verknüpft wurde. So mussten die Schüler während des Kochens verschiedene Lebensmittel in andere Sprachen übersetzen. Dieses Prinzip funktionierte. Wie die Lehrer aber den Schülern neben dem Rüsten von Gemüse und dem Zubereiten von Fleisch Wirtschaft beibringen sollen, kann ich mir nicht vorstellen. Nichtsdestotrotz wäre es kein Problem für mich, das kombinierte Fach zu unterrichten. Vor einer allfälligen Weiterbildung hätte ich keine Angst, solange es kein weiteres dreijähriges Studium ist.» ror



Fisnik Rexhepi.

«Auf Kochen habe ich keine Lust»

«Dem Vorschlag, Wirtschaft mit Hauswirtschaft zu verknüpfen, stehe ich skeptisch gegenüber. Bestimmt gibt es einige Lehrpersonen, die nicht davon begeistert sind, sich neben wirtschaftlichem auch hauswirtschaftliches Wissen anzueignen und es zu unterrichten. Ich selbst habe keine Ahnung vom Kochen und bin auch nicht daran interessiert, es zu lernen. Die beiden Fächer sind einfach nicht kompatibel. Zudem gehen durch die neue Stundentafel Arbeitsplätze verloren. Wenn aber von Wirtschaftslehrern in Zukunft verlangt wird, beide Wissensbereiche abzudecken, würde mich das nicht vom Lehrerberuf abhalten. Wenigstens einen Vorteil könnte ich dem Kochen auch abgewinnen: Mit den ausreichenden Kochkünsten kann man bei der Damenwelt gut punkten.» ror



Josianne Meier.

«Einzelne Fächer kommen zu kurz»

«Als Geschichtsstudentin habe ich mich damit auseinandergesetzt, dass Geschichte und Geografie in Zukunft miteinander vereint werden sollen. In erster Linie finde ich diese Massnahme sehr schade, da ich befürchte, dass Geschichte dadurch zu kurz kommen wird. Dass der Lehrplan 21 vorsieht, mit dem neuen Sammelfach rund ein Viertel der Stunden zu streichen, bestätigt diese These. Thematisch liessen sich die beiden Fächer gut verbinden, da sie ähnliche Elemente aufweisen und eng miteinander verknüpft sind. Allerdings führt Begeisterung für Geschichte nicht zwangsläufig zu einem Interesse an Geografie. Für mich persönlich würde sich nicht viel ändern, da ich mich sehr für Geografie begeistere und ohnehin darüber nachdenke, mein Studium in diese Richtung zu erweitern. Ich denke aber, dass die neue Schulorganisation vielen Studierenden ein Dorn im Auge sein wird.» ror